

POSITIONSPAPIER

Ambulante Versorgungsstrukturen jetzt stärken!

Gemeinschaft der
Heilberufe in Thüringen



Es ist **weit** nach 12...

Niedergelassene Ärzte, Psychotherapeuten, Zahnärzte und Apotheker garantieren gemeinsam mit ihren Teams die wohnortnahe, hochqualifizierte Versorgung der Patienten in unserem Land.

Das flächendeckende Netz der ambulanten Versorger ist so gut wie in keinem anderen europäischen Land organisiert.

Im Zusammenwirken der ambulanten Heilberufe profitieren die Patienten von einer hochkompetenten, individuellen Diagnostik und Behandlung, die ein großes Spektrum der Erkrankungen und Präventionsmaßnahmen abdecken.

Im Vergleich zu den stationären Ressourcen, die für schwer Kranke zur Verfügung stehen, ist die ambulante Versorgung systembedingt kosteneffizienter und weniger stark von ökonomischen Interessen getrieben. Für den Patienten ist sie zudem persönlicher, was dem Behandlungserfolg zugutekommt.

Dieser unschätzbare Wert für unser Gesundheitswesen wird von der Bundesregierung leider bestenfalls verbal anerkannt.

Denn das Wirken der Regierenden zielt unverkennbar auf die Zerstörung der bewährten ambulanten Strukturen ab. So werden die Mittel für die ambulanten Versorger gemessen an der Kostenentwicklung, trotz aller Hilferufe, seit Jahren verknappt. Darüber hinaus werden gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen, die den Handlungsspielraum der Heilberufe unverhältnismäßig einengen und mit Bürokratie belasten. Das Ausdünnen der Versorgung in der Fläche und die Verdichtung der Patientenanzahl in den verbliebenen Praxen und Apotheken sind die seit Jahren spürbaren Folgen dieser Entwicklung.

Es ist Zeit zu handeln!



**DIE FRIST IST
ABGELAUFEN!**

FORDERUNGEN

01

AMBULANTISIERUNG

02

TRAGFÄHIGE FINANZIERUNG

03

FACHPERSONAL STÄRKEN

04

NACHWUCHSOFFENSIVE

05

ENTBÜROKRATISIERUNG

06

SINNVOLLE DIGITALISIERUNG



Ärzte, Psychotherapeuten, Zahnärzte und Apotheker mit ihren Teams leisten eine Arbeit, die für die Gesundheit und Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft unerlässlich ist. **Millionen Menschen verlassen sich jeden Tag auf die gesicherte Gesundheitsversorgung, die ihnen durch Praxen und Apotheken zuteilwird.**

Für eine Aufrechterhaltung dieser Standards muss endlich eine grundsätzliche Wende in der Betrachtung der Gesundheitsversorgung eingeläutet und der Sparkurs im ambulanten Bereich verlassen werden.

Nur wenn die ambulante Versorgung ressourcensparend auf der Basis der bestehenden Strukturen weiterentwickelt wird, kann die Gesundheitsversorgung der Menschen in unserem Land auch zukünftig gelingen.

1

FORDERUNG:

AMBULANTISIERUNG

Wir fordern die angekündigte Ambulantisierung umzusetzen, um Kosten im Gesundheitswesen zu sparen und stationäre Strukturen zu entlasten.

HINTERGRUND: In Deutschland werden im internationalen Vergleich zu viele Behandlungen noch ausschließlich stationär durchgeführt, zu einem Vielfachen der Kosten.

Will man eine echte Kostenersparnis im Gesundheitswesen erreichen, dürfen nicht stationäre Strukturen ambulantisiert, sondern es müssen die bestehenden ambulanten Strukturen mit ihrer effizienten Leistungserbringung gestärkt werden!

Deutschlands Krankenhäuser können auf diese Weise von vielen unnötigen stationär behandelten Fällen entlastet werden und sich auf die Versorgung schwer kranker Patienten konzentrieren.

Überdies weist ein Gesundheitssystem, das auf einer breiten Basis dezentraler Leistungserbringung aufgebaut ist, ein hohes Maß an Widerstandsfähigkeit in Krisen und Katastrophen auf, was während der COVID-Pandemie eindrucksvoll belegt wurde.

LÖSUNG: Notwendige Voraussetzung für eine gelingende Ambulantisierung der Versorgung sind ein umfassender Katalog der potenziell ambulant zu erbringenden Interventionen sowie ein System gleicher Zugangsvoraussetzungen und Vergütungen. In diesem Zuge ist eine Entwicklung zu fördern, die eine sukzessive und standorterhaltende Überführung geeigneter stationärer Strukturen in ambulante Versorgungsangebote ermöglicht.



2

FORDERUNG:

TRAGFÄHIGE FINANZIERUNG

Wir fordern eine tragfähige Finanzierung, die auch in der ambulanten Gesundheitsversorgung mindestens einen Ausgleich für Inflation und Kostensteigerungen schafft.



HINTERGRUND: Der gesetzliche Rahmen zur Anpassung der Finanzierung in der ambulanten Versorgung ist zu eng gefasst bzw. beim Apothekenhonorar nicht vorhanden. Dies führt unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Situation und der Teuerungsindizes als Indikator zur Beurteilung der Geldwertentwicklung seit Jahren zu faktischen Minusrunden in Praxen und Apotheken.

Gleichzeitig unterbreiten Regierung und gesetzliche Krankenkassen den Bürgern Leistungsversprechen, die zu erheblichen Mehrbelastungen in den Niederlassungen und Apotheken führen. Dabei stellen sie noch nicht einmal genügend Finanzmittel und Ressourcen zur Verfügung, um überhaupt den gesetzlich vorgeschriebenen Versorgungsumfang zu erfüllen.

„Mehr Leistung für weniger Geld“ ist eine der Hauptursachen für die Nachwuchsprobleme der ambulanten Versorger, von der Hilfskraft bis zum Approbierten.

LÖSUNG: Die Erhöhung der Honorare der ambulanten Versorger muss jährlich unter vollständiger Berücksichtigung von Inflation, steigenden Personalkosten und Betriebsausgaben erfolgen. Tatsächliche Patienten- bzw. Untersuchungszahlen müssen ebenso berücksichtigt werden wie neue Aufgaben, steigende Qualitätsstandards und Kosten für notwendige Fort- und Weiterbildungen.

3

FORDERUNG:

FACHPERSONAL STÄRKEN

Wir fordern eine spürbare Anerkennung des medizinischen, zahnmedizinischen und pharmazeutischen Fachpersonals durch die Förderung und Stärkung von Ausbildung und Qualifizierung sowie eine bessere Einbindung in die Versorgungsprozesse.

HINTERGRUND: Bundesweit mehr als 680.000 Beschäftigte in Arzt- und Zahnarztpraxen sowie Apotheken, mehr als 15.000 davon allein in Thüringen, sichern an der Seite ihrer Arbeitgeber die ambulante Versorgung. Geringe Gehälter, hohe Arbeitsbelastungen sowie fehlende Anerkennung und Perspektiven haben die Abwanderung in andere Berufe zur Folge. Fehlendes Fachpersonal führt schon jetzt zu spürbaren Einschränkungen von Öffnungs- und Behandlungszeiten.



39 Prozent der MFA und ZFA denken mehrmals im Monat über den Ausstieg aus ihrem Beruf nach. Zwei Drittel sind unzufrieden mit ihrem Gehalt. Das überrascht nicht, denn 38 % der Vollzeitbeschäftigten in Arzt- und Zahnarztpraxen verdienen weniger als 2.344 EUR brutto pro Monat. Im gesamten Gesundheits- und Sozialwesen sind es 17 %, in Krankenhäusern 4,9 % und im öffentlichen Dienst 2,3 %.

LÖSUNG: Leistungen, die das Fachpersonal im Rahmen seiner Kompetenz erbringt, müssen in die Versorgungskonzepte einbezogen und angemessen vergütet werden. Es müssen ausreichend Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden, sodass eine tariforientierte Vergütung durch die Arbeitgeber möglich ist. Qualifizierung ist zu fördern und Karrierepfade sind zu entwickeln. Anerkennungsverfahren für qualifizierte Fachkräfte aus Drittstaaten müssen unter Einhaltung der Qualitätsstandards entbürokratisiert und schnell umgesetzt werden.

4

FORDERUNG:

NACHWUCHSOFFENSIVE

Wir fordern die signifikante Erweiterung der Studienplatzkapazitäten bei den Heilberufen sowie die Förderung und Stärkung der Ausbildung in den Gesundheitsberufen.

HINTERGRUND: In fast allen Praxen und Apotheken fehlen Approbierte und qualifizierte Fachkräfte.

Die schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, welche die Bundesregierung den Praxen und Apotheken auferlegt, lassen keine angemessene Entwicklung der Gehälter zu und haben oft eine hohe Arbeitsbelastung der Angestellten zur Folge.

Hinzu kommt die mangelhafte staatliche Unterstützung der Nachwuchskräfte in der Ausbildung sowie - besonders schwerwiegend - die bundesweit zu gering bemessene Anzahl zur Verfügung stehender Studienplätze in den Approbationsstudiengängen. Jedes Jahr müssen Deutschlands Universitäten ein Vielfaches der qualifizierten Bewerber um einen Studienplatz abweisen. Anders als in anderen Bereichen des Arbeitsmarktes ist der Nachwuchsmangel im Bereich der Approbierten somit abwendbar.

LÖSUNG: Die Ausbildung der Fachkräfte ist staatlich besser zu fördern. Dazu müssen auch die an der Ausbildung beteiligten Praxen und Apotheken unterstützt werden. Die Studienplatzkapazitäten müssen in Thüringen entsprechend der Bedarfe und unter Berücksichtigung der Bedarfe in den angrenzenden Bundesländern erhöht werden.



5

FORDERUNG:

ENTBÜROKRATISIERUNG

Der Bürokratieabbau im Gesundheitswesen muss zeitnah umgesetzt und die Versorgung mit zielgenauen Maßnahmen sowohl bei der Praxis- und Apothekengründung als auch im Versorgungsalltag entlastet werden.



HINTERGRUND: Durch eine erhebliche Zunahme regulatorischer Vorgaben wird der Versorgungsalltag in den Praxen und Apotheken, aber auch deren Gründung und Übernahme, heute in großem Maße von Bürokratielasten und Verwaltungsaufgaben beeinträchtigt. Die Praxisteams sind dadurch erheblich belastet.

Wertvolle Zeit, die der Versorgung der Patienten zugutekommen sollte, wird durch diese Überregulierung gebunden.

LÖSUNG: Es ist mehr als überfällig, die Nachweis-, Übermittlungs- und Veröffentlichungspflichten aus dem SGB V sowie Aufbewahrungsfristen, Anzeige-, Antrags- und Dokumentationspflichten heilberuferelevanter Verordnungen auf ein sinnvolles Maß zu reduzieren, Redundanzen auszuschließen und Informationen behördenübergreifend zu vernetzen sowie Verfahren zu effektivieren.



6

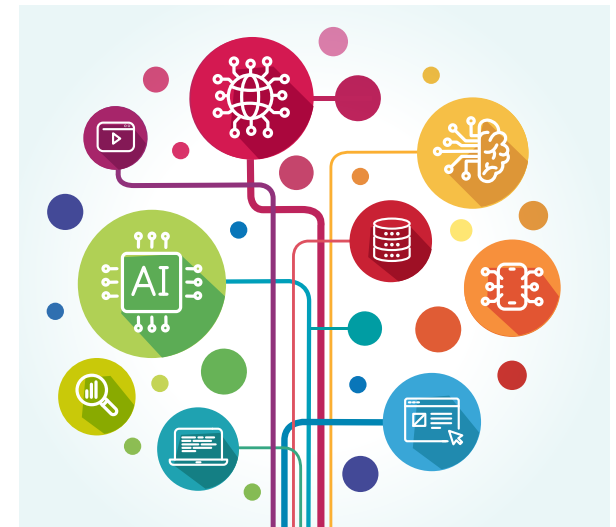
FORDERUNG:

SINNVOLLE DIGITALISIERUNG

Anspruch der Digitalisierung im Gesundheitswesen muss es sein, bestehende Versorgungsprobleme zu lösen und heilberufliche Kooperationen zum Nutzen der Patienten zu ermöglichen. Die dazu notwendige Technik muss nutzerfreundlich, funktionstüchtig und vollständig refinanziert sein. Daten zur Patientensteuerung müssen in heilberuflicher Hand bleiben.

HINTERGRUND: Die Digitalisierung hat das Potenzial, die Versorgung zu verbessern. Behindert wird dieser Prozess durch unausgereifte, fehlerhafte Technik und Anwendungen, welche die Praxen und Apotheken erheblich belasten und zusätzlich durch Sanktionen, Regress- und Retax-Risiken wirtschaftlich bedrohen. Darüber hinaus decken die von der Bundesregierung beschlossenen finanziellen Unterstützungen bei Weitem nicht die Kosten, die den Praxen und Apotheken entstehen. Auch zeichnet sich ab, dass die Bundesregierung den gesetzlichen Krankenversicherungen weiterführende Zugriffsrechte auf Patientendaten einräumen will, die für ökonomische Interessen missbraucht werden könnten und das Vertrauensverhältnis zwischen Patienten und Heilberuflern gefährden.

LÖSUNG: Entsprechend der gesetzlichen Vorgaben müssen Mindestanforderungen für Praxis- und Apothekenverwaltungssysteme definiert und durchgesetzt werden. Die elektronische Patientenakte muss weiterentwickelt werden. Es sind technische Austauschformate zu schaffen, welche sektorenübergreifende Behandlungskooperationen ermöglichen. Doppelstrukturen müssen durch konsequente Umsetzung der Digitalisierungsprozesse vermieden werden. Der Schutz der Patientendaten vor den ökonomischen Interessen der Krankenversicherungen und Industrie muss gewährleistet bleiben. Bestrafende Sanktionen gegen Praxen und Apotheken müssen abgeschafft sowie die Monatspauschalen für die Bereitstellung der Telematikinfrastruktur auf ein kostendeckendes Niveau angehoben werden.



AMBULANTE VERSORGUNG IN THÜRINGEN

4.300 Ärzte und Psychotherapeuten
8.452 Fachkräfte
18 Mio. Behandlungen pro Jahr



rund um die Uhr
365 Tage im Jahr

1.528 Zahnärzte
4.229 Fachkräfte
1,5 Mio. Patienten pro Jahr



hochqualifiziert
& kompetent

1.204 Apotheker
2.622 Fachkräfte
16.000 Notdienste pro Jahr



wohnnah
& persönlich

3.800 Ärzte im Bereitschaftsdienst
227.000 Behandlungen pro Jahr
Sitz-, Fahrdienst & per VideoDoc



leistungsstark
& kosteneffizient

Impressum

Herausgeber

Gemeinschaft der Heilberufe in Thüringen

Thüringer Apothekerhaus, Thälmannstraße 6, 99085 Erfurt | info@gesundheitskollaps.de

Redaktion

Dr. Sabine Köhler; Gemeinschaft Gebietsärztlicher Berufsverbände (GGB) & Berufsverband Deutscher Nervenärzte

Dr. Denise Lundershausen; Berufsverband der Hals-Nasen-Ohren-Ärzte, Landesgruppe Thüringen & GGB

Dr. Ulf Zitterbart; Thüringer Hausärzterverband

Dr. Knut Karst; Kassenzahnärztliche Vereinigung Thüringen (KZVTh)

Dr. Christian Junge; Landes Zahnärztekammer Thüringen (LZÄK)

Stefan Fink; Thüringer Apothekerverband (ThAV)

Ronald Schreiber; Landesapothekerkammer Thüringen (LAKT)

Sven Auerswald; Kassenärztliche Vereinigung Thüringen (KVT)

Hannelore König; Verband medizinischer Fachberufe (VMF)

Andreas May; ADEXA - Die Apothekengewerkschaft

Sylvia Reyer-Rohde; Landesverband der Freien Berufe (LfB)

Dagmar Petereit; Deutsche Psychotherapeutenvereinigung (DPtV), Landesverband Thüringen

Druck

Repropartner Erfurt GmbH & Co. KG

Bild

Adobe Stock

© Februar 2024

Die Gemeinschaft der Heilberufe in Thüringen ist eine gemeinsame Initiative der Ärzte, Zahnärzte, Psychotherapeuten, Apotheker und deren Teams in Thüringen.

